

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. — Alle Abonnenten für Berlin alle Zeitungs-Expediteure, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf., Familienang. 15 Pf., Vereinsangelegen. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. — Redaktion u. Exped.: N.O., Breitenburgerstr. 22/122. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Centralrathe der Deutschen Gewerksvereine
(Hirsch-Dunker).

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandsleiter Rudolf Hirsch, N.O., Breitenburgerstr. 22/122, einzulenden sind. Für Mitglieder 25 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerksvereine 35 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 28.

Berlin, 14. Juli 1905.

Siebenunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

August Bebel und Max Hirsch. — Pressstimmen zum Tode des Anwalts. — Die Löhne im Bergbau. — Eingefandt. — Wochenschau. — Gewerksvereins-Theil. — Verbands-Theil. — Anzeigen-Theil.

A August Bebel und Max Hirsch.

In der vorliegenden Nummer bringen wir eine Anzahl Pressstimmen über das Wirken unseres verstorbenen Anwalts. Unter den Zeitungen, die über Max Hirsch Nekrologe veröffentlichten, befindet sich auch das in Zürich erscheinende „Volkrecht“. Dieses Blatt bringt einen Nachruf aus der Feder von August Bebel. Die Persönlichkeit Bebels und ihre Stellung insbesondere in den ersten Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung, rechtfertigt die Besprechung dieses Nachrufs an erster Stelle unseres Blattes. Bebel beginnt mit einer indirekten, wohl aber nicht beabsichtigten Anerkennung der unwandelbaren Treue und Zuverlässigkeit des verstorbenen Anwalts. „Mit Max Hirsch“, so schreibt Bebel, „ist der letzte liberale Arbeiterführer verchieden, der vom Anfang der deutschen Arbeiterbewegung bis zu seinem Lebensende in ihr thätig war“. Im Anfang stand Bebel neben Max Hirsch und zog mit ihm an demselben Stränge. Bebel wurde indeß seinen Jugendidealen untreu und wandelte sich aus einem enthusiastischen Anhänger der Selbsthilfe in einen Anhänger der sozialistischen Phantasterei und absoluten Staatsgewalt.

Im zweiten Absatz weist Bebel auf die Thatfache hin, daß die geistigen Leiter des liberalen Bürgerthums jener Lage, die Begründer der Arbeitervereine waren. Das ist richtig. Diese Männer hatten es sich zum Ziel gesetzt, die Arbeiter geistig zu kräftigen und die Selbstthätigkeit zur Besserung ihrer Lage in ihnen anzuregen.

Ueber die Thätigkeit unseres Max Hirsch in der genannten Richtung sagt Bebel das Folgende:

In Magdeburg, dem damaligen Wohnort Hirschs, gründete er mit dem Dr. Barbanel und dem freiwilligen Prediger Uhlitz den Arbeiterbildungsverein, der bald ein großer Verein wurde. Nach dem Austritt Cassalles (Frühjahr 1863) fanden es die unter liberaler Führung stehenden Arbeitervereine für angemessen, sich näher aneinander zu schließen. Unter Führung E. Sonnemanns (Frankfurt a. M.), Louis Büchner (Darmstadt), dem Verfasser von „Kraft und Stoff“, und einer Reihe ähnlicher Persönlichkeiten wurde Anfang Juni 1863 ein deutscher Arbeitervereinstag nach Frankfurt a. M. einberufen, dessen hauptsächlichstes Resultat war, daß ein zwölfköpfiger ständiger Ausschuss, dessen Mitglieder über ganz Deutschland vertheilt wohnen, gewählt wurde, um die Interessen der Vereine wahrzunehmen. Dieser ständige Ausschuss fungirte bis zum Herbst 1867 und zu seinen Mitgliedern gehörten außer Dr. Hirsch die heute noch lebenden Bebel und Sonnemann. Auch Friedrich Albert Lange hat demselben von 1864—1867 angehört, bis er nach der Schweiz überiedelte, um in die Redaktion des Winterthurer „Landboten“ einzutreten.

Auch das ist historisch richtig. Bebel fährt dann aber fort, daß der „Kampf mit den Lassalleanern“ und die „feige Haltung der preussischen Fortschrittspartei im Verfassungskonflikt mit Bismarck“ die Wirkung gehabt habe, daß ein Theil dieser Arbeitervereine immer mehr nach links marschirte. Die angeblich feige Haltung der preussischen Fortschrittspartei im Verfassungskonflikt mit Bismarck haben wir hier nicht zu verteidigen. Nur soviel sei gesagt, daß, wer die Parlamentsakten aus jenen Tagen ohne politische Voreingenommenheit liest, den Vorwurf der Feigheit eblicher Weise wohl nicht erheben wird. Wenn aber der „Kampf mit den Lassalleanern“ dazu beigetragen hat, die Arbeitervereine zu gerspalttern, indem ein Theil immer mehr nach links gedrängt wurde, so muß hier doch hinzugefügt werden, daß Bebel in jener Zeit an dem Kampfe gegen

die sozialistischen Lassalleaner lebhaften Antheil genommen hat. Der Abmarsch eines Theils der Arbeitervereine in das sozialistische Lager wurde gerade von Bebel, der damals ein wüthender Gegner des Sozialismus war, mit allen Kräften zu verhindern erstrebt. In Ansehung dieser Thatfachen hätte man wohl erwarten dürfen, daß Bebel sich seiner ehemaligen Stellung an der Seite von Max Hirsch etwas deutlicher erinnert hätte.

Aufrichtig ist Bebel dann zunächst in sofern, als er Max Hirsch das Verdienst beimißt, daß er im ständigen Ausschuss der Arbeitervereine schon 1865 beantragte, daß der nächste Vereinstag im September in Stuttgart das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auf seine Tagesordnung setze. Das sei aber, so bemerkt Bebel einschränkend, der äußerste Schritt gewesen, zu dem sich Dr. Max Hirsch den Sozialisten gegenüber habe verstehen können, zu deren heftigsten Gegnern er bis zu seinem Lebensende gehört habe.

Hier müssen wir zunächst das Gedächtniß des Herrn Bebel etwas anfrischen. Die Bemerkung vom „äußersten Schritt“ hört sich so an, als wenn Bebel es heute tabeln wollte, daß Max Hirsch den Sozialisten nicht weiter entgegen kam. In dieser wohl nicht anders zu verstehenden Bemerkung begeht Bebel aber insofern eine bedauerliche Unrichtigkeit, indem er es ganz und gar verschweigt, daß er in jener Zeit noch zu den bürgerlichen Politikern gehörte, die Gegner des allgemeinen, geheimen, direkten Wahlrechts waren. Der Antrag für das allgemeine, geheime, direkte Wahlrecht war übrigens keineswegs von Hirsch gestellt worden, um damit ein „Entgegenkommen an die Sozialisten“ zu bekunden, sondern allein aus der inneren Ueberzeugung heraus, daß jeder Bürger, ohne Unterschied der sozialen und wirtschaftlichen Stellung, das gleiche Interesse an dem Gedeihen des Volkslebens und des Vaterlandes haben und darum auch in der Lage sein müsse, dieses Interesse auf der Basis bürgerlicher Gleichberechtigung in der Theilnahme an der Wahl zur Volksvertretung zu betheiligen.

In Folge des Krieges von 1866 zwischen Preußen und Oesterreich trat im ständigen Ausschuss der Arbeitervereine eine Spaltung ein. Ein Theil, darunter Max Hirsch, so heißt es bei Bebel, trat auf die kleindeutsch-preussische Seite, der andere Theil auf die demokratisch-großdeutsche. Auf welcher Seite er selbst stand, sagt Bebel nicht. Die sogenannte „kleindeutsch-preussische Seite“ wollte das Deutsche Reich, wie es heute besteht, unter Preußens Führung. Die demokratisch-großdeutsche Richtung hingegen wollte den deutschen Theil von Oesterreich mit dem übrigen Deutschland zu einem Reich verschmelzen. Der weitsehendere Max Hirsch erkannte also schon damals, wie das künftige Deutsche Reich aussehen werde. Ob unser heutiges Deutschland so stark hätte werden können, wie es nun geworden ist, wenn es in seinem Reiche die österreichischen Wirren durchzumachen gehabt hätte, darf sichtlich bezweifelt werden.

Im Jahre 1867 stellte sich Bebel an die Seite Liebknechts und führte namentlich zahlreiche sächsische Arbeitervereine ins sozialistische Lager. Es scheint Herrn Bebel unbecquem gewesen zu sein, hierbei daran zu erinnern, daß jenes sozialistische Lager, in welches er mit Liebknecht führend zog, nicht dasjenige der Lassalleaner war. Liebknecht und Bebel waren internationale Marxisten und standen mit ihrem Anhang von vornherein in heftigem Kampfe mit den Lassalle'schen nationalen Sozialisten.

Der ständige Ausschuss der Arbeitervereine blieb zunächst noch bestehen, wenn auch seine Organisation anders gestaltet wurde. Bei der Präsidentenwahl siegte Bebel über Max Hirsch. Der ehemalige Kampfgenosse Bebel war aus parteipolitischen Gründen Gegner von Max Hirsch geworden! Wer die Weiterentwicklung der deutschen Arbeiterbewegung verfolgt hat, wird nicht daran zweifeln, daß es im praktischen Interesse der Arbeiter besser gewesen wäre, wenn die viel versprechenden Anfänge einer einheitlichen Arbeiterbewegung nicht durch das Hineintragen des Sozialismus zerföhrt worden wären.

der Arbeiter verbessert werden kann. Die Bemerkung, daß der letzte Gewerkschaftskongreß schon einen schwachen Anlauf nahm, sich langsam von der Hornumhüllung der Partei zu befreien, ist für uns auch etwas werth und läßt uns hoffen, daß die Rabikalinistik zum Wohle aller deutschen Arbeiter zu unseren Grundzügen erzogen werden.

Verbands-Zeitung.

3. Sammelliste*)

für die ausgesperrten Gewerkschaftskollegen in Bayern.

Bauhändler: Magdeburg-Neust. 5.—, Bergarbeiter: Bergkamen 20,10. Bildhauer: Gln a. Rh. 10.—, Fabrik- und Handarbeiter: Alt-Damm 3.—, Berlin 18.—, Güsten 2,60, Halle a. S. 5.—, Herenfeld 10.—, Kegnitz 1 5.—, Graph. Berufe: Baugen 3.—, Vera 11.—, Rathenow 3.—, Zeitz 1,80, Unterhaus 5.—, Klempner u. Metallarbeiter: Berlin IV 7,60, Bildau 10.—, Kalf 9,90, Ulm 1,40, Elbing 6,95, Benrath 3,05. Maschinenbau- u. Metallarbeiter: Baukau 3.—, Benrath 10.—, Brandenburg 5.—, Berlin VIII 16,30, Berlin IV 4,30, Berlin XI 10.—, Dinslaken 10.—, Fürstenwalde 18.—, St. Wittenberg 7,50, Ob.-Schöneweide 17,10, Sommerfeld 5.—, Wilhelmshaven 6,30, Wittenberg 15.—, Zittau 8.—, Altenburg 5.—, Cöthen 10.—, Emmerich 2,40, Offen 1 27,55, Geislingen 20.—, Gr.-Zschadowitz 19,10, Langenlöb 3,40, Neuenbör 15.—, Neufahrwasser 4,30, Neuhaldensleben 6,65, Plauen 12,85, Reife 6,40, Schönebeck a. Elbe 6,20, Breslau V 7.—, Düsseldorf I 5.—, Düsseldorf III 5.—, Magdeburg 50.—, Mollau 7.—, Scheunzig 10.—, Sulz 7,40, Charlottenburg 13,25, Annahütte 7,20, Deydorf 3.—, Bitterfeld 5.—, Böhlerheide 9.—, Dresden-Neubau 20.—, Rombach 18,07, Wilhelmsburg 8.—, Schneider: Hagen i. Westf. 11,30, Rowawes 4,10. Schuhmacher und Lederarbeiter: Jüterburg 5,15. Stuhlarbeiter: Meissen 8.—, Weiskau 10,40, Apolda 8,10. Tischler: Warmbrunn 4,25, Görlich 6.—, Kiel 11.—, Spanbau 25,10, Reife 4,80, Danzig 15.—, Düsseldorf 10.—, Frankfurt a. D. 10,20, Kaiserslautern 15,12. Töpfer: Belten 5.—, Ortsverbände: Beuthen 3,15, Leipzig-West 50.—, Hannover 10.—, Magdeburg 50.—, Jena 30.—, Ulm 30.—, Privat: Meiat-Berlin —60, beim Begräbniß des Anwalts im Verbandsbause durch den Kollegen Balzer-Mannheim gesammelt 39,25. Summa 949,19 Mk., bereits quittirt 879,80 Mk. Insgesamt 1828,49 Mk. Berlin, den 3. Juli 1905.

R. Klein, Verbandskassirer.

Brandenburgisch-Lausitzer Ausbreitungsverband.

(Vorort Forst.)

Protokollauszug der 11. Vorstandssitzung am 19. Juni, Abends 9 Uhr, im Lokal Dickmann. Anwesend sind sämtliche Vorstandsmitglieder und als Gäste die Genossen Hoff, Müller und Gönnel-Weiskau. Ein Antwortschreiben von Genosse Schünow-Frankfurt wird verlesen, wonach derselbe ein Lokal für unseren Delegirtenkongreß bestellt hat und findet derselbe am Sonntag, den 27. August, im Restaurant „Franziskaner“ (P. Wischel), Jüdenstraße zu Frankfurt a. O. statt. — In einem Briefe giebt Genosse R. bekannt, daß er in Aussicht hat, einen neuen Ortsverein zu gründen und ersucht um Bewilligung der Kosten. Es wird so beschloffen. Genosse Gönnel berichtet, daß es notwendig sei, in bestimmten Orten eine rege Agitation zu entwickeln, da eine gute Aussicht bestehe, neue Ortsvereine zu gründen. Rach längerer

*) Geldsendungen an den Verbandskassirer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Besprechung wird beschloffen, diese Agitation anzubahnen und sollen die betreffenden auswärtigen Vorstandsmitglieder damit beauftragt werden. — Die Vereine von Cottbus haben Genossen Alfred Habermann als auswärtiges Vorstandsmitglied gewählt und hat derselbe die nöthigen Informationen erhalten. — Der Hauptvorstand des Gewerkschaftsvereins der Bildhauer sendet Agitationsmaterial. — Von einem Schreiben des Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungsverbandes wird Kenntniß genommen und beschloffen, erst nähere Informationen einzuziehen. — Menzel giebt bekannt, daß der D.B. der Maschinenbauer-Korps dem Ausbreitungsverband beigetreten ist. — Hierauf wird noch über den Delegirtenkongreß und speziell über die Zeitungsfrage gesprochen. Schluß der Sitzung 12 1/2 Uhr. Max Bierhub, Vorsitzender.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkschaften (D.G.) Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2—10 1/2 Uhr im Verbandsbause der Deutschen Gewerkschaften, NO., Greifswalderstraße 221/223. Gäste stets willkommen. — Sängerkorps der Deutschen Gewerkschaften (D.G.) Jeden Donnerstag, Ab. 9—11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandsbause der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — Sonnabend, 8. Juli. Maschinenbau- u. Metallarbeiter III. Abends 8 1/2 Uhr bei Gohlse, Weiskaustr. 22. Bericht des Kollegen Angermann vom Delegirtenkongreß. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter X. Ab. 8 1/2 Uhr bei Klavon, Pflückerstr. 20. L.-D.: 1. Protokoll. 2. Monatsbericht. 3. Vortrag. 4. Werkstattangelegenheiten. 5. Verschleßenes. 6. Fragekasten. — Fabrik- und Handarbeiter I. Ab. 8 1/2 Uhr bei Kruschwitz, Tempelbergerstr. 20a. L.-D.: Beitragszahlung. Organporto. — Stuhlarbeiter. Ab. 8 1/2 Uhr im Restaurant Endom, Landsbergerstr. 6. L.-D.: 1. Bericht über die Versammlung des Centralarbeitsnachweises. 2. Besprechung über Beschäftigung einer Bezirkskonferenz in Magdeburg-Neustadt (Referent: Agitationsleiter Kollege Lind). 3. Beschlußfassung über Gründung einer Lokalkasse. 4. Verschleßenes. — Klempner und Metallarbeiter V. Abends 9 Uhr bei Gehwig, Lintenerstr. 72. — Almersbach (Ortsverein ?) Sonntag, 16. Juli, Nachmittags 4 Uhr Monatsvers. Beitragszahlung. Verschleßenes.

Orts- und Bezirksverbände.

Hamburg (Ortsverband). Sonntag, 9. Juli, Ortsverbandsversammlung bei Franz, Helnestr. 12—14 zu Hamburg-St. Pauli.

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Ehrenfeld bei Köln (Ortsverband). Heinrich Bösch, Schriftführer. Ehrenfeld, Weiskaustr. 19. Eifenach (Ortsverband). August Fleischhauer, Schriftführer, Mühlhäuserstr. 52. Berlin (Schuhmacher). Rudolf Dietrich, Schriftführer, Kullamerstraße 35. Frankfurt a. M. (Maschinenbauer). Emil Lueg, Kassirer, Nordendstraße 122. Josef Brenner, Sekretär, Höckerstr. 18. Sagan (Fabrik- und Handarbeiter). Oskar Reimann, Schriftführer, Gewerkschaft. Duisburg. Adolf Schmitz, Schriftführer, Rürmweg 60 II.

Storbefehl.

Kawitsch (Fabrik- und Handarbeiter). August Münzner, geb. 7. August 1853, gest. 23. Juni 1905 an Herzschlag. Mitglied sämtlicher Kassen.

Anzeigen-Zeitung.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Central-Arbeitsnachweis
des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften
Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/223
Sprechsprecher Amt 7, Nr. 4720.

Der Arbeitsnachweis ist geöffnet von 8—12 und von 2—5 Uhr.

Der Vermittler.
A. Kretschmer.

Verbandsbause der Deutschen Gewerkschaften.
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/223.

Verbandsgenossen!

Allen nach Berlin kommenden Verbandsgenossen empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logträume zur gefälligen Benutzung bei mäßigen Preisen. Meldungen beim Hauswart Büchner, Quergebäude. Das Bureau des Centralraths.

Fürstenwalde (Ortsverband). Verpflegungsarten sind bei jedem Ortsvereinskassirer zu haben.

Primsenau i. Schl. (Ortsverband). Durchreisende Verbandsgenossen erhalten 50 Pf. Reiseunterstützung. Karten bei Paul Sappelt, am Markt 8.

Günningfeld-Horbei (Ortsverb.) 75 Pf. Reiseunterstützung an durchreisende Genossen jagt Kassirer Josef Bassenhoff, Günningfeld, Ratsestr. 16.

Tüchtige Fraiser, Dreher und Werkzeugmacher finden bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung.

Rheinische Metallwarenen- u. Maschinenfabrik Abtheilung Sömmersda.

Nachruf!

Raum zurückgeliebt vom Grabe unseres hochverdienten Anwalts, haben wir schon wieder eine Trauerbotschaft zu melden: am Sonntag, 2. Juli, Morgens 5 1/2 Uhr, starb nach 10-wöchentlichem Krankenlager unser bisheriger Vorsitzender im Generalrath

August Sayne

im 62. Lebensjahr. Wir verlieren in ihm einen treuen bewährten Mitarbeiter, der sich durch seinen hiebieren Charakter die Liebe und Achtung aller Derr, die ihn kannten, erworben hatte.

Ruhe sanft lieber Freund!

Spremberg, 3. Juli 1905.

Der Generalrath
des Gewerkschaftsvereins der Stuhl- und Textilarbeiter.

Am 26. Juni cr. verstarb nach längerem Kranksein im Alter von 69 Jahren unser lieber, treuer Kollege, der Studateur

Wilhelm Häfert.

Derselbe, seit 1871 ein treues Mitglied, hat durch Pflichttreue und Kollegialität, sowie bei Verwaltung der Geschäfte als Vorstandsmitglied stets ein gutes Vorbild gegeben.

Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Ruhe er in Frieden ruhen!

Ortsverein der Bildhauer, Berlin.

Generalsekretär Carl Gahn in den Mitteilungen des Gewervereins der Fabrik- und Handarbeiter: Die Gewervereine haben einen unersetzlichen Verlust erlitten, ihren Schöpfer und Führer verloren! . . . Der Verstorbene war seit Jahren leidend, aber Pflichtgefühl ohne Beispiel und das heisse Verlangen zum Wohle der Menschheit, zur Verwirklichung seiner Ideale, Kopf und Hand zu regen, ließen ihn physische Schmerzen und die Gebrechen des Alters vergessen.

Er taufte sich über seinen eigenen Zustand hinweg und nicht selten auch die sorgenden Blicke der Freunde, wenn er, der mehr als Siebenzigjährige, auf der Rednerbühne des Parlaments, oder in tausendköpfigen Volksversammlungen gegen Unterdrückung und Benormung, gegen Bosheit und Unverstand mit Macht und Nachdruck zu Felde zog.

In dem dumpfen Schmerzgefühl über den jäh herbeigebrochenen Verlust treten alle kühlen Erwägungen über das: was nun? weit zurück. Seine Gewervereiner wissen nur, daß sie ihren besten und treuesten Freund verloren haben, der in beispielloser Hingabe des eigenen Ichs noch auf dem Sterbebett, an der Schwelle des Todes, für sie dachte, um sie sorgte und auf Fütterung und Förderung ihrer großen Ziele die brechenden Augen gerichtet hielt.

Der milden, schwielenharten Hand ein leichter Kuss zu werben“, darauf war sein Sinnen und Trachten gerichtet, als er, der mit irdischem Gute Gesegnete, in den Jahren 1867 und 1868 als Führer und Bannerträger sich selbstlos in den Dienst der verständigen Arbeiterbewegung stellte und diesen Dienst als Aufgabe seines Lebens erfaßte.

Das Dr. Max Hirsch als Begründer der Deutschen Gewervereine, als ihr Anwalt und Hüter ihnen gewesen, seine Thätigkeit als Volkswirth, als Staatsmann und Politiker und Schriftsteller heute zu wärdigen, vermögen wir in dieser schweren Stunde nicht. Sein Wirken gehört der Geschichte an. Aber eins wissen wir: Er hat der deutschen Arbeiterbewegung eine Richtung gegeben, er hat ihr in seinen Fundamentallehren den Weg gezeigt, der zur Wohlfahrt und zum Glücke aller Volksgenossen führt. Sein Leib wird der Barmherzigkeit Raub; sein Geist aber wird in seinen Werken fortleben. Ihm in ihrem Wirken und Schaffen als Leitern zu folgen, werden die Deutschen Gewervereine als sein theuerstes Vermächtniß, als ihre höchste Pflicht betrachten.

Metallarbeiter-Correspondenz: „Nicht nur die Deutschen Gewervereine, denen der Verstorbene am nächsten stand, sondern die ganze Arbeiterschaft Deutschlands verliert in ihm einen treuen Freund und aufrichtigen Förderer zur Hebung ihrer „sozialen Stellung“ in der Gesellschaft. Seine Grundzüge zur Hebung des Arbeiterstandes, wie sie die von ihm gegründeten Deutschen Gewervereine vertreten, haben fast bei allen ernstlichen Sozialpolitikern Anerkennung gefunden. Ja, selbst die uns äußerst feindlich gegenüberstehende extreme Arbeiterrichtung, die der Klassenkampfpartei — der Sozialdemokratie angehörend —, die unsern Anwalt als seines Wirkens stets mit Hohn und Spott überschüttete, muß heute diese Grundzüge in der Praxis anwenden und sie damit als richtig anerkennen. Darin liegt der Sieg der Idee unsern Anwalts. Wir Gewervereiner werden an der Wahrheit des Entschlafenen, von der Wahrheit seiner Grundzüge überzeugt, aufs neue geloben, in seinem Sinne weiter zu arbeiten. Damit werden wir das Andenken unseres, zu früh aus dem Leben geschiedenen theueren Anwalts am besten ehren und der Arbeiterschaft den größten Dienst leisten. Seine irdische Hülle wird vergehen, seine Schöpfung aber bestehen bleiben und damit sein Andenken für die Nachwelt.“

Die Eiche: „Das Leben und Wirken unseres Max Hirsch war bahnbrechend für die deutsche Arbeiterbewegung, sein Eintreten für das Genossenschaftswesen und die Unterstützung, welche er allen Bildungsbestrebungen zu theil werden ließ, sichern ihm in weiten Volkskreisen ein bleibendes, ehrenvolles Andenken. Den Deutschen Gewervereinen vor Allem aber galt die Arbeit und das Leben des Verstorbenen und stets werden dieselben das Andenken des Dahingegangenen in unvergeßlicher, dankbarer Erinnerung ehren und bewahren.“

Kaufmännische Rundschau: „Er hat nicht wie Andere Ruhm und Ehren eingeholt; auf Orden und Ehrenzeichen mußte er verzichten und hat es gern gethan. Dafür wird ihm die Nachwelt sicher in weit höherem Maße als seine Zeitgenossen Anerkennung jollen für seine verdienstvolle Thätigkeit. Lange hat man die Einrichtungen der Deutschen Gewervereine, die sein Werk waren, verächtelt, um sie dann seitens seiner ärgsten Gegner der Nachahmung für werth zu erachten. Wenn er auch auf Dank aus jenen Kreisen nicht zu rechnen hatte, das Bewußtsein, durch seine Thätigkeit Tausenden und Abertausenden Sorgen ferngehalten zu haben, den Armen, Bestillosen eine Möglichkeit geboten zu haben, ihre Lage zu bessern, war ihm Dank genug. Und auch wir Handlungsgesellschafter wollen nie vergessen, daß er uns Mittel und Wege gezeigt, um die Mißstände in unserm Beruf zu beseitigen. Wir werden den Dank abtragen durch unablässige Thätigkeit in seinem Geiste. Sein Name wird bei uns fortleben für alle Zeiten!“

Der Regulator giebt eine geschichtliche Schilderung des Lebens und der Thätigkeit unseres Verbandsanwalts und schließt: Habe Dank, alter Freund, für Deine unerwüßliche Thätigkeit im Dienste der Menschheit. Habe Dank für Dein erfolgreiches Eintreten für die Arbeiterschaft!

Badisch-Pfälzische Volks-Zeitung: . . . Großer Todter: Dein Name wird fortleben in der Geschichte der Kultur deines Vaterlandes. Auch Dein Werk, das Du für uns geschaffen, wird mit Deinem Namen fortbestehen. Du großer Pionier des Kulturfortschrittes! Dein Wirken, Du Arbeiterfreund, war nicht vergebens. Wir aber, Deine Jünger, stehen mit dem heiligen Gelübniß an Deinem Grabeshügel, das auszubauen und zu bewahren, was Du für uns, für die Arbeiterschaft begonnen; wir wandeln weiter den von Dir gezeigten Weg auf der Bahn des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts zum sozialen Frieden! Nimmt unsern Dank noch mit in Deine Gruft, es ist ein ehrlicher Dank, er kommt aus 120 000 Arbeiterherzen, die um Dich klagen.

Berliner Morgenpost: Wiederum ist einer von der alten Garde dahingegangen. Dr. Max Hirsch, dieser selbstlose und tüchtige Volkswirth und Parlamentarier ist verschieden. Das biblische Alter hatte er überschritten. Am 30. Dezember 1882 geboren, war er einer der Seniores unseres öffentlichen Lebens, einer von denen, die neueren Strömungen und Auffassungen nicht mehr immer mit voller Elastizität zu folgen vermochten; aber noch meinte keiner seiner Freunde, daß sein Lebensstillsitzen schon im Hafen anlangen sollte, noch Niemand war darauf

gefaßt, auf sein Wirken zu verzichten, das auch jetzt noch immer reiche und gute Früchte trug.

Freilich hatte Hirsch den Höhepunkt seiner volksfreundlichen Wirksamkeit, seine Glanzperiode hinter sich. Doch als Landtagsabgeordneter des ersten Berliner Kreises, den er seit dem Jahre 1898 vertrat, übte er bis in die letzten Zeiten hinein noch immer eine rege Thätigkeit aus für Arbeiterforderungen und gegen agrarische Begehrlichkeiten. . . . Im Reichstage hat Hirsch seinen Namen tief eingegraben in die Chronik der Arbeiterschutzesetze und der Gewerbeordnung, bei deren Verathung er stets mit Sachkunde, Arbeiterfreundlichkeit und Verehrlichkeit im Vordergrund stand.

Hirsch, der frühzeitig nach volldem Studium, als Buchhändler und dann als Inhaber eines Geschäfts mit dem praktischen Leben Fühlung bekam, hat Zeit seines politischen Denkens das eine große Ziel verfolgt: Hebung des Volkes auf materiellem und ideellem Gebiete. Zur Erreichung einer größeren materiellen Wohlfahrt der empfortretenden unteren Volksklassen vollendete er sein größtes und bestes Werk: im Jahre 1868 begründete er in Gemeinschaft mit Franz Dunder in Berlin die Deutschen Gewervereine, die jetzt allgemein ihren Vätern zu Ehren die „Hirsch-Dunderschen“ genannt werden. Sie sollten, wie es hieß, „die Arbeitermassen widerstandsfähiger machen gegen die konzentrierte Macht des Großkapitals“. Ende 1902 zählte diese Organisation über 102 000 Mitgliedern, und wenn sie sich auch in ihrer Entwicklung nicht mit derjenigen der sozialdemokratischen Gewerkschaften messen kann, so hat die Thatsache ihres Bestehens doch viel zur Durchsetzung von Arbeiterforderungen und zur Schlichtung von Lohnkämpfen sowie zur Herbeiführung von Tarifverträgen mit den Arbeitgebern beigetragen. . . . Wir danken es Hirsch, daß er mit Fleiß und Jähigkeit diese Organisation (die Gewervereine) trotz unendlicher Schwierigkeiten, nicht zuletzt auch aus bürgerlichem Lager aufrecht erhalten hat. Daneben unterstützte er parlamentarisch und schriftstellerisch alle durchführbaren Anregungen zur Besserung des Arbeiterlooses.

Über er sagt sich: der Mensch lebt nicht vom Brod allein. Und darum war er auch ein eifriger Förderer ideeller Bestrebungen zu Gunsten des Volkes. Die Hebung der allgemeinen Volksbildung war ein wesentlicher Punkt in seinem umfangreichen Programm. Auf seine Anregung entstand 1878 die Humboldt-Akademie, deren Sekretär er jahrelang war, ein Institut, das unzähligen Schätze reichen Wissens übermitteln hat. Dem Handwerkerverein war Hirsch allezeit ein treuer Freund, und auch die Begründung des wissenschaftlichen Centralvereins ist seiner Initiative zu verdanken. Und wenn Hirsch mit dem ganzen Temperament seiner Persönlichkeit für eine freibühnliche Politik kämpfte, so geschah auch dies unter dem idealen Gesichtspunkt, daß nur ein freies Volk seine geistigen Schwingen voll und schön entfalten kann. Ehrlich und edel war sein Streben. Obgleich ihm auch Vieles verfiel, so hat er doch Manches erreicht, was ihn überdauert und seinen Namen in fernere Zeiten trägt. Ehre seinem Andenken.

Kölnische Zeitung. Es zeigt sich oft genug im Leben, daß der erste Weg, der zu einem neuen Ziele hin eingeschlagen wird, nur ein Seitenweg ist, daß die Entwicklung sich in der Folge in ganz andere, ungeachtete Bahnen drängt und so den Männern der volle Erfolg ihres Beginns entzunden wird, die nach der Gerechtigkeit der Geschichte die Väter und Begründer der ganzen Bewegung heißen müssen. Es ist kein Zweifel, daß der jetzt verstorbene Begründer und Anwalt der Deutschen Gewervereine, Dr. Max Hirsch, zu den Männern gehört, denen ein in diesem Sinne tragisches Schicksal zu Theil geworden ist. Er war es, der Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts nach durchaus logischen Schlüssen die englische Gewervereinebewegung in die nach den gleichen liberalen Prinzipien sich entwickelnde, eine kommende Vorherrschaft der Industrie anfündigende deutsche Verhältnisse zu übertragen suchte, der damit auch einen der Natur der Sache nach nothwendigen Erfolg erzielte und der dann doch durch das ironische Walten der Geschichte neue Kräfte neben sich auf den Plan treten sah, die die Organisation der deutschen Arbeiterschaft alsbald auf ganz anderem Wege vollzogen und die Schöpfungen des Verstorbenen schließlich an die dritte Stelle unter den deutschen Gewerkschaften gerückt haben. Es ist hier nicht der Ort, auf die Einzelheiten dieser Entwicklung und ihre besonderen Gründe näher einzugehen, das eine sei aber doch hervorgehoben, daß die Gewervereine, die Hirsch und seinem Freunde Dunder ihr Dasein verdanken, auf untadeligen Prinzipien beruhen und daß sie nicht nur neben ihren beiden Rebenbühlern Achtenswerthes für die Interessen der Arbeiterschaft geleistet haben, sondern daß sie sogar durch ihre kluge Politik und durch die wohlgeordnete Ausgestaltung, die sie ihrem inneren Bau gegeben haben, Vorbildlich für die anderen Organisationen geworden sind. Sie haben neben ihrer Gründung auch diese erste Entwicklung in erster Linie dem Manne zu verdanken, den jetzt im Alter von 73 Jahren der Tod von ihrer Spitze abberufen hat. . . .

Das Reich: . . . Er war unser Gegner, aber am offenen Grabe geben wir nicht der Gegnerschaft, sondern seiner Verdienste um die deutsche Arbeiterbewegung.

Die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung kann nicht geschrieben werden, ohne daß sein Name genannt wird.

Wohl bestanden schon vor seinem Wirken deutsche Gewerkschaften. . . . Aber in Blüth kam eine allgemeine Bewegung doch erst durch Hirsch. Im Frühjahr 1868 machte er, der 35-jährige Kaufmannssohn aus Halberstadt, eine Studienreise nach England, um die englischen Genossenschaften näher kennen zu lernen. Bei dieser Gelegenheit aber fand er etwas, was ihm nach seiner eigenen Erzählung weit wichtiger erschien, nämlich die englischen Trade unions, von deren Entstehen man damals kaum etwas in Deutschland wußte. Darüber vor Allem handelten die Reisebriefe, die Dr. Hirsch in der „Berliner Volkszeitung“ veröffentlichte. Die Briefe fanden allgemeines Interesse und regten zu ähnlichen Versuchen für Deutschland an. In den Kreisen der Partei von Dr. Hirsch, der Fortschrittspartei, nicht allein, sondern auch bei der deutschen Sozialdemokratie, insbesondere bei Herrn von Schweiger, dem Nachfolger Falkes im Präsidium des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“. In Gemeinschaft mit Frigische beantragte Schweiger bei der am 23. August 1868 in Hamburg tagenden

Nachdem Bebel sich noch in wenigen Zeilen des damaligen Sieges über Max Hirsch freut, fährt er fort:

Kunmehr faßte Hirsch eine Idee, durch die er sich eine neue Stellung in der Arbeiterbewegung zu schaffen hoffte. Im Frühjahr 1869 reiste er nach England zum Studium des Trade-Unionismus. Zurückgekehrt, begann er mit seinem Parteigenossen Alex. Dunder die Gründung der sogenannten Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften. Gleichzeitig hatten aber auch die beiden vorhandenen sozialistischen Fraktionen die Gründung solcher Gewerkschaften betrieben. Den deutschen Arbeitern blühte also ein dreifacher Segen. Das rapide Umsichgreifen der sozialistischen Ideen in der deutschen Arbeiterwelt in den sechziger Jahren wurde aber für die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften eine große Gefahr. Einmal wurde ihnen dadurch das Rekrutenmaterial genommen oder doch sehr beschränkt, im Weiteren wurde auch ein Theil der Gewerkschaften selbst von sozialistischen Ideen infiziert. Sobald Hirsch dieses gewahr wurde, griff er zu einem Gewalt- und Radikalmittel. Er ließ auf einer Generalversammlung seines Verbandes statutarische Aenderungen vornehmen, wonach jede sozialistische Agitation innerhalb der Gewerkschaften verboten und Jedem, der als Sozialist erkannt wurde, mit dem Ausschluß und dem Verlust sämtlicher Beiträge und der Unterstützungen bestraft wurde. Dieser Terrorismus in einem liberal sich nennenden Verband hat seiner Zeit viel Staub aufgewirbelt und dessen Entwicklung unterbunden. Neugierig hatte man die sozialistischen Ideen unterdrückt, aber innerlich sind sie immer stärker geworden. Es besteht wohl kaum ein Zweifel, daß, nachdem Hirsch todt ist, die Opposition gegen die gewaltthätige Unterdrückung der Meinungsfreiheit überall zum Durchbruch kommt und die Aufhebung jener schmachvollen Bestimmungen nur eine Frage der Zeit ist. Gelingt dieses, dann ist aber auch die Bahn frei zu einer Vereinigung mit den freien Gewerkschaften.

Hier müssen wir einige Irrthümer Bebels berichtigen. Max Hirsch war nicht zum Studium der Trade Unions nach England gereist, sondern zu dem Zwecke, das englische, auf Selbsthilfe beruhende Genossenschaftswesen zu studiren. Und hierbei fand er die prächtigen englischen Gewerkschaften, von denen bisher in Deutschland Niemand etwas wußte. Hirsch hoffte, daß die gleichen Organisationen in Deutschland errichtet, die durch den Sozialismus auseinander getriebenen Arbeiter wieder einmüthig zusammenführen könnten. In froher Begeisterung für dieses Ziel empfahl er in seinen Briefen aus England die Begründung von Gewerkschaften. Dunder hieß nicht Alexander, wie Bebel fälschlich behauptet, sondern Franz. Und die beiden sozialistischen Fraktionen haben die Begründung solcher Gewerkschaften auch erst in Folge der Briefe aus England betrieben. Die der Arbeiterschaft so nöthige Einheitlichkeit mußte den politischen Parteinteressen der Sozialdemokratie geopfert werden.

Und dann kommt der Revers. Dieser wird zum Beweis dafür herangezogen, daß ein „liberaler“ Verband Terrorismus verübe, indem er die Meinungsfreiheit der Sozialisten beschränke. Der Revers wollte sich in Wirklichkeit aber allein wenden gegen den vielfach gemachten Versuch, die sozialistische Agitation in die Gewerkschaften zu tragen. Andere Organisationen, die von den Gewerkschaften begründet wurden, nämlich viele Konsumvereine, sind, weil sie keinen Revers hatten, thatsächlich von den Sozialisten erobert worden. Wir erinnern hier nur an die Beispiele von Magdeburg und Cottbus. Wo aber die Sozialisten die Führung in einer Organisation erst in die Hände bekommen haben, dulden sie neben sich keine andersdenkenden Arbeiter. Das erste Eindringen der Sozialisten in die Leitung des Magdeburger Konsumvereins wurde im Dezember 1891 in folgender Weise von der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet:

„Am Dienstag fand in Magdeburg-Neustadt eine Generalversammlung des zweitgrößten deutschen Konsumvereins statt, die insofern von Interesse war, als von Seiten der sozialdemokratischen Mitglieder zum ersten Male der Versuch gemacht wurde, eine Nachstellung im Vorhinein und im Aufsichtsrath zu erhalten. Da Magdeburg-Neustadt fast ausschließlich von Arbeitern bewohnt ist, so hatten die Sozialdemokraten auch bei den diesjährigen Wahlen einen recht bedeutenden Erfolg zu verzeichnen. Von 620 Wählern wurden 2 Sozialdemokraten mit 370 resp. 321 Stimmen sofort im ersten Wahlgang zu Aufsichtsräthen gewählt. Bei der Wahl dreier weiterer Aufsichtsräthe stellte sich die Nothwendigkeit einer Stichwahl heraus, die wegen vorgerückter Zeit auf die nächste Versammlung verschoben wurde. Zwei Sozialdemokraten haben mit 305 resp. 300 Stimmen auch hier einen bedeutenden Vorsprung und bei der regen Agitation, die unter den Arbeitern entfaltet wird, ist es sehr wahrscheinlich, daß für sämtliche ausstehende Aufsichtsräthe, von denen bisher nur ein einziger Sozialdemokrat war, Sozialdemokraten gewählt werden. Da der Aufsichtsrath aus 15 Mitgliedern besteht, so würden bei gleichen Fortschritten im nächsten Jahre bereits die Sozialdemokraten die Majorität im Aufsichtsrath haben, und daß nach Lage der bisherigen Verhältnisse auch die Tage des bisherigen Vorsitzenden Hirsch-Dunder'sch gesinnuten Vorstandes gezählt sind, erscheint nicht mehr zweifelhaft. Da der hiesige Konsumverein beträchtliche Ueberflüsse abwirft, so würde durch die Eroberung der Konsumvereine die Sozialdemokratie am Orte ein ganz bedeutendes Machtmittel in die Hand bekommen.“

Die sozialdemokratische Presse druckte diese Notiz mit vielem Wohlbehagen ab. Es ist bekannt, daß inzwischen alle Gewerkschaften aus der Leitung des Magdeburger Konsumvereins hinausgewählt worden sind, und daß der sozialistische Aufsichtsrath sich als unfähig erwiesen hat, das große Werk erfolgreich weiter zu leiten.

Einem nichtsozialdemokratischen Arbeiter wird es wohl gestattet, einem Konsumverein unter sozialistischer Führung anzugehören, aber er darf sich nicht herausnehmen, auf eine führende Stellung Anspruch zu erheben. Dies hat sich vor kurzem auch noch in der Gewerkschaft der Lithographen und Steindrucker gezeigt, aus welcher ein führendes Mitglied ausscheiden mußte, weil es eine andere politische Gesinnung hatte. Der Ausgeschiedene erklärt, daß er in seinem Kollegenkreise steigenden Angriffen ausgesetzt gewesen, allein um dem Willen, weil er nicht Sozialdemokrat war. Die sozialdemokratischen Zeitungen finden die Reibungen zwischen dem Ausgeschiedenen und der Mehrheit der Gewerkschaft erklärlich, weil Tischendorf, so heißt der Ausgeschiedene, in Lübeck als bürgerlicher Kandidat bei der Reichstagswahl aufgetreten, um der sozialdemokratischen Partei ein Mandat abzujuagen. Darin hätten die Gewerkschafter eine Verletzung ihrer proletarischen Interessen erblickt. Wer sich also politisch betheiligen will, darf dies nicht im sozialdemokratischen Sinne thun, wenn er einer Gewerkschaft angehören will. Darf man Sie hier einmal fragen, Herr Bebel, auf welcher Seite Terrorismus und Unbuddsamkeit in schlimmster Weise verübt werden?

Der Revers ist übrigens in einem Theile der Gewerkschaften längst nicht mehr in Gebrauch, weil diese der Meinung sind, sie könnten sich heute mit anderen Mitteln wehren, wenn Sozialdemokraten verjagt werden sollten, ihre parteipolitische Agitation in die Organisation hineinzutragen. Indessen, ob mit oder ohne Revers, die Meinungsfreiheit ist in keinem Falle durch die Gewerkschaften „gewaltthätig“ unterdrückt worden. Zu politischen Parteiverbindungen, die mit der Sozialdemokratie einig sind, werden wir aber die Gewerkschaften niemals machen lassen. Und so lange die Gewerkschaften noch mit der Sozialdemokratie einig sind, wird eine Vereinigung zwischen diesen und den Deutschen Gewerkschaften niemals zu Stande kommen. Daran ändert der Tod unseres Verbandsanwalts absolut nichts! Sind die Gewerkschaften Deutschlands erst das geworden, was die Gewerkschaften von Anfang an waren, unabhängige neutrale Organisationen, dann wird sich über die Vereinigung aller deutschen Arbeiterberufsbereine zu einem mächtigen Ganzen reden lassen. Dann würde auch nur erst auf einem langen Umwege erreicht sein, was der todtte Meister von Anfang an beabsichtigt hat.

Herr Bebel ist nicht nur flüchtig, sondern auch oberflächlich gewesen, als er seinen Nekrolog schrieb. So behauptet Bebel, daß es Max Hirsch im Laufe der Jahrzehnte nur zwei Mal gelungen sei, „auf kurze Zeit“ in den Reichstag gewählt zu werden, und fügt in einer für einen Nekrolog gewiß sehr geschmackvollen Ausdrucksweise hinzu, daß die Sozialdemokratie ihm immer bei seinen Kandidaturen „den Hals gebrochen habe“. Max Hirsch war nicht bloß zweimal, sondern viermal in den Reichstag gewählt worden. Was der Verbandsanwalt dort im Interesse der Arbeiter geleistet hat, ist unseren Lesern bekannt genug. Hirsch ist auch nicht, wie Bebel dreist behauptet, von seinen „kapitalistischen Freunden“, sondern von der freisinnigen Volkspartei, der Männer aus allen Klassen angehören, in den Landtag gewählt worden. Und die Verehrung für unseren Max Hirsch kann Bebel den Gewerkschaften nicht nehmen durch seine abgeschmackte Bemerkung, daß sein Tod den Gewerkschaften nicht allzu viel Thränen entlocken würde, da sie sein „terroristisches Handeln“ nur noch mit Murren ertragen hätten.

Herr Bebel, die da murrten, waren Stürmer und Dränger, sogenannte „Jungen“. Solche gab es mehr noch in der Sozialdemokratie und diese haben gegen Sie und ihre Fraktionskollegen viel heftiger gemurrt, als unsere Jungen es dem Verbandsanwalt gegenüber je gethan. Verlangte doch Bebel, der Hirsch den Vorwurf macht, er habe die Meinungsfreiheit unterdrücken wollen, Anfang der 90er Jahre den Ausschluß der sozialdemokratischen „Jungen“ von den sozialdemokratischen Versammlungen. Und Bebel war es, der es betrieb, daß der Erfurter Parteitag die Jungen auf Rimmerwiederkehr hinauswarf.

Die ehemaligen Stürmer und Dränger in den Gewerkschaften, Herr Bebel, wissen sich außerdem mit der Gesamtorganisation einig in der Verehrung und Liebe für den verstorbenen Anwalt der Deutschen Gewerkschaften.

Wen die objektive Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung dereinst höher stellen wird, Bebel oder Max Hirsch, das ist wohl schon jetzt zu erkennen. Der Parteisanatiker Bebel dürfte es jedenfalls nicht sein.

Freistimmen zum Tode des Anwalts.

Für die Liebe und Verehrung, die unserm verstorbenen Anwalt in Mitgliederkreisen entgegengebracht wurde, giebt es keinen besseren Beweis als die Betheiligung an seiner Bestattung. Daß er auch sonst im öffentlichen Leben die größte Achtung genoß, das zeigten die zahlreichen Kranzspenden, die an seinem Sarge von gemeinnützigen Körperchaften und von politischen Vereinen niedergelegt wurden. Aber Dr. Max Hirsch hat es auch verstanden, sich die Anerkennung Derjenigen zu verschaffen, die politisch und wirtschaftlich seine Gegner gewesen sind. Wir führen deshalb in Folgendem unter der Fülle der Gewerkschaftsorgane auch eine Reihe von Zeitungen an, die unserer Bewegung fern, ja bisweilen feindselig gegenüber stehen, um an ihren Betrachtungen zu zeigen, welche Bedeutung dem Verstorbenen für die gesammte deutsche Arbeiterbewegung beigegeben werden muß.

Wochenchau.

Berlin, 11. Juli 1905.

In seiner letzten Sitzung nahm der Centralrath Stellung zu der herrschenden Fleischvertheuerung und dem Vorgehen von Arbeitgebern gegen das Recht der Arbeiter, Berufsvereinen anzugehören. Folgende Resolutionen fanden einstimmige Annahme:

Der Centralrath der Deutschen Gewervereine (Hirsch-Dünder) richtet an den hohen Bundesrath das dringende Ersuchen, das Kontingent für die Schweineeinfuhr derart zu erhöhen, daß der Fleischbedarf für die minderbemittelte Bevölkerung hinreichend gedeckt werden kann. Gegenwärtig hat die arbeitende Bevölkerung unter der überaus großen Fleischvertheuerung wieder schwer zu leiden.

Der Centralrath der Deutschen Gewervereine (Hirsch-Dünder) richtet an den Bundesrath das dringende Ersuchen, dem Reichstage bei seinem Wiederauftritt einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend die Sicherung des Koalitionsrechtes. In Fabriken, gewerblichen und kaufmännischen Betrieben werden vielfach Arbeiter und Angestellte wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Berufsorganisation entlassen. Dadurch wird das auch den Arbeitnehmern gesetzlich gewährleistete Recht der Organisation wieder genommen. Wie aber der Herr Reichstanzler bei Beratung der Berggesetznovelle feierlich anerkannt hat, bedingt der Zusammenschluß des Kapitals auch ein unbedingtes Recht der Arbeiter in Berufsorganisationen ihre Rechte wahrzunehmen und ihr geistiges und wirtschaftliches Wohl zu fördern.

Von dem Sohne unseres verstorbenen Dr. Max Hirsch ist dem Centralrath folgendes herzliche Dankschreiben zugesandt worden:

Breslau, den 9. Juli 1905.

Goethestraße 18 pt.

Centralrath der Deutschen Gewervereine

Berlin, Greifswalderstr. 221/22.

Sehr geehrte Herren!

Sie haben meinem lieben Vater die letzten Ehren in so würdiger Weise bereitet, wie es nur selten einem Manne beschieden ist. Ihr gedankentiefer, liebevoller Abschied von dem theuren Todten giebt von Neuem die Gewißheit, daß der Schwerpunkt seiner Lebensarbeit in den Deutschen Gewervereinen lag, und daß sein Geist in dieser Schöpfung fortdauern wird. — Möge Ihre Organisation durch zielbewußtes, kluges Schaffen, durch Einigkeit und Treue zu der Wachtensfaltung gelangen, die der Entschlafene zum Heile deutscher Arbeit, Volkswohlfaht und Kultur bis zu seinem letzten Athemzuge unablässig erhoffte.

Ihnen und allen Verbandsgenossen danke ich tiefbewegt für die zahllosen, erhebenden Beweise ehrenvoller Liebe. Ihr letztes Gebewohl an den geliebten Todten klingt immerdar in meinem Herzen und verbindet mich fest mit Ihrem Wirken, an dem thätig theilzunehmen mir leider nicht vergönnt ist.

Mit ergebenem Gruß und vorzüglicher Hochachtung

Ludwig Hirsch.

Auch nachträglich noch ist eine Reihe von Beileidschreiben und Telegrammen anlässlich des Todes unseres verehrten Anwalts im Verbandsbureau eingetroffen, so von den Ortsverbänden Hohemölsen, Ludwigsbura, Wittenberg, Ullm, Cannstatt und Hagen i. W., von den Ortsvereinen der Kaufleute Ratibor, der Schneider Worms, der Maschinenbauer Eisenach und Fabrik- und Handarbeiter Spandau und dem Direktor der Gasanstalt Langensalza, Herrn H. Büneke. Der in der ersten Aufzählung der Kranzpenden bezeichnete Ortsverein Neudorf war der der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Kränze sind auch noch eingegangen vom Ortsverband Beed und Ortsverein der Klempner Berlin V. Bei dieser Gelegenheit sei gleich, mehreren an uns gerichteten Anfragen gegenüber, bemerkt, daß wir nur die Namen derjenigen Absender von Telegrammen und anderen Schreiben veröffentlicht haben, welche sich direkt an das Verbandsbureau gewandt haben. Vereine, die nur durch Deputationen vertreten waren, sind nicht genannt worden.

Die Ausferrung der Metallarbeiter in Bayern ist beendet. Dem Eingreifen der bayerischen Regierung, vor Allem den Bemühungen des Ministerpräsidenten v. Bodewitz, dem seit Anfang dieses Jahres auch Gewerbe und Industrie unterstehen, ist es gelungen, eine Einigung zwischen den Metallindustriellen und den Organisationen der Arbeiter herbeizuführen. Auf Grund der gemachten Vorschläge wurde in München mit rund 1250 gegen 500, in Nürnberg mit rund 1700 gegen 1300 und in Augsburg mit 1700 gegen 70 beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. In Nürnberg waren wegen eines Formfehlers zwei Urabstimmungen nötig gewesen, wodurch eine lebhafteste Erregung hervorgerufen wurde. Welche dauernden Errungenschaften dieser gewaltige Kampf, an dem von unserer Seite allein über 2000 Mitglieder betheilt gewesen sind, für die Arbeiterschaft gebracht hat, läßt sich zur Zeit noch nicht völlig übersehen. Auf ihren Revers haben die Metallindustriellen jedenfalls verzichtet müssen. Bekanntlich sollten die Arbeiter ein Schriftstück unterzeichnen, in welchem sie erklärten,

aus jeder Arbeiterorganisation auszutreten und bedauerten, daß sie sich durch die Geze ihrer Führer zu ihren Forderungen hätten verleiten lassen. Nur ein verschwindend kleines Häuflein hat diesen Revers unterschrieben; die Anderen weigerten sich entschieden und wurden ausgesperrt. Die öffentliche Meinung verurtheilte den Revers als unästlich ebenfalls auf das Schärfste, und so kann der Verzicht auf denselben als ein bedeutender moralischer Sieg angesehen werden. Die Forderung einer 57 stündigen Wochenarbeit ist nicht erreicht worden; dagegen soll die reine Arbeitszeit auf wöchentlich 58 Stunden herabgesetzt werden, sofern sie jetzt noch länger währt. Ein entsprechender Lohnausgleich wird als selbstverständlich betrachtet. Auch hierin liegt ein, wenn auch nur geringfügiges Nachgeben der Unternehmer. Ob die Regelung der Lohnfrage für die Arbeiter ebenso günstig sein wird, erscheint mindestens zweifelhaft, denn die Industriellen haben wenigstens insofern ihren Herrenhandpunkt zu wahren gesucht, als sie die Bildung einer ständigen Kommission aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern ablehnten. Sie sind nur bereit, jeder Zeit Wünsche der Arbeitnehmer durch Arbeiterausschüsse oder direkt entgegenzunehmen; für den Bedarfsfall wird die Bildung von Kommissionen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Aussicht genommen. Einige geringe Lohnerhöhungen haben indes auch jetzt bereits stattgefunden. Von Wichtigkeit für die Arbeiter ist es ferner, daß künftig beim Abschluß von Akkorden sofort Akkordzettel ausgegeben werden, auf denen Stückzahl und Preise verzeichnet sind. Dabei soll als allgemeines Prinzip beobachtet werden, daß bei ausprobierten Akkorden und in allgemein gleicher Konjunktur eine Verringerung der Akkordpreise nur in Folge Verbesserung der Arbeitsmethoden, Aenderung der Typen und bei Massenproduktion eintreten soll. Bei der Wiedereinstellung der Arbeiter sollen Maßregelungen nicht stattfinden; in erster Linie sollen die Verheirateten und die älteren Arbeiter berücksichtigt werden.

Wenn diese Vereinbarungen von den Unternehmern gehalten werden, so ist zu erwarten, daß wenigstens für geraume Zeit der Friede in der bayerischen Metallindustrie gesichert ist. Damit ist aber auch der Weg für Tarifverträge gebnet, gegen die sich erst kürzlich noch der Verband bayerischer Metallindustriellen ganz energisch ausgesprochen hat.

Die Reform der Berggesetzgebung, wie sie von der Majorität des preussischen Abgeordnetenhauses beschlossen worden ist, hat auch Gnade gefunden in den Augen der hochgeborenen Gesetzgeber des Herrenhauses. Nachdem sich der Handelsminister Müller und Ministerpräsident Fürst Bülow nachmals mit aller Entschiedenheit für die vom Abgeordnetenhause beschlossene Vorlage ins Zeug gelegt hatten, hat auch das Herrenhaus ihr seine Zustimmung gegeben, und so werden denn die preussischen Bergarbeiter bald Gelegenheit haben, die zu ihrem Schutze getroffenen Bestimmungen in ihrer Wirkung kennen zu lernen. Freilich so ohne Weiteres hat auch das Herrenhaus sich nicht zu dem wahrhaft minimalen Zugeständnissen an die Bergleute entschließen können. Um sich die bittere Pille etwas zu versüßen, hat die Majorität mit dem Bergarbeitergesetz zusammen eine Resolution angenommen: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, sobald als möglich und mit allem Nachdruck Maßregeln zu ergreifen, welche geeignet sind, 1. die rechtswidrige Auflösung des Arbeitsvertrages, insbesondere da, wo ein öffentliches Interesse obwaltet, unter Strafe zu stellen; 2. der Aufforderung durch Wort und Schrift zu rechtswidriger Auflösung des Arbeitsvertrages entgegenzutreten; 3. den Arbeitswilligen den Schutz zu Theil werden zu lassen, auf welchen sie einen berechtigten Anspruch haben.

Wie der preussische Justizminister dem Herrenhause mit Recht erklärte, kann die preussische Regierung diese Wünsche garnicht erfüllen; diese Frage gehören vor das Forum des Reichstages. Indes was kümmert solche Mahnung das preussische Herrenhaus? Die Resolution wurde eben angenommen, und die Herren hatten ihren Willen. Für den letzten Absatz dieser von Frhrn. v. Burgsdorff eingebrachten Resolution hat auch der Reichstagspräsident Graf Ballestrem als Mitglied des Herrenhauses gestimmt, wofür er in einigen sozialdemokratischen Blättern heftig angegriffen wurde. Dazu bemerkt nun das rheinische Centrumblatt, die „Köln. Volksztg.“: „Jedenfalls hat aber Graf Ballestrem nur für seine Person diese Abstimmung vollzogen, ohne damit irgendwie das Centrum und am wenigsten die Herren Trimborn und Giesberts vintulieren zu können. Diese würden ganz gewiß nicht für die Resolution gestimmt haben. Wir wollen übrigens keinen Zweifel darüber lassen, daß es nach unserer Meinung eines vermehrten Schutzes der Arbeitswilligen in keiner Weise bedarf; sie sind bereits ausreichend geschützt, wie insbesondere die Vorgänge bei dem jüngsten Bergarbeiterausstand wieder deutlich bewiesen haben; in einzelnen Fällen war unseres Erachtens sogar des Schutzes zu viel, und sind Urtheile von großer Härte ergangen. Ohne Zweifel wird die Resolution v. Burgsdorff wirkungslos verpuffen; sollte aber die Regierung wieder so etwas wie eine Zuchthausvorlage einbringen, so wird diese ebenso sicher abgelehnt werden, und zwar auch vom Centrum abgelehnt werden, wie die frühere.“

Es handelt sich ja, wie dargethan, bei dieser Resolution um eine leere Demonstration. Sollte aber jemals wieder der Reichstag vor eine solche Aufgabe gestellt werden, so wollen wir hoffen, daß das Centrum dieser Erklärung der „Köln. Volksztg.“ entsprechend handelt

Generalversammlung seines Vereins, — es war die letzte! — mit der Gründung von Gewerkschaften vorzugehen. Er fand entschiedensten Widerpruch. Man hielt ihm entgegen, daß nach dem „ehernen Lohngesetz“ eine Besserung der Lage der Arbeiter auf dem Wege der bestehenden Gesellschaftsordnung, wie die Gewerkschaften sie anstreben, nicht möglich, und deshalb ein solcher Versuch grundgesetzwidrig sei. Der Verein als solcher lehnte mit 3255 gegen 804 Stimmen ein Vorgehen ab. Nun beriefen von Schweißer und Krüger als Reichstagsabgeordnete einen deutschen Arbeiterkongreß, der am 26. September 1868 in Berlin zusammentrat. Auf demselben erschienen auch Marx, Hirsch mit zwölf Delegierten, seinen Standpunkt zu vertreten. Aber obgleich er insbesondere an den Maschinenbau- und Metallarbeitern eine starke Stütze besaß, so befand er sich doch mit seinen Anhängern gegenüber den 206 sozialdemokratischen Delegierten in der entschiedenen Minderzahl und wurde schließlich zwangsweise mit den Delegierten der Maschinenbauer aus dem Saale entfernt. Er berief sofort auf den 28. September einen Kongreß, der unter dem Vorsitz des Abgeordneten Franz Dunder tagte und die von Hirsch entworfenen „Grundzüge für die Konstituierung der Deutschen Gewerkschaften“ mit großer Mehrheit annahm.

Die Zerspaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung rührt de m a n a ch allein von der Sozialdemokratie her, die am 26. September 1868 Dr. Hirsch mit den Maschinenbauer-Delegierten auswies und nötigte, eigene Wege zu gehen. Werfen die Sozialdemokraten der christlichen Arbeiterschaft Zerspaltung vor, so schlage man sie mit ihrer eigenen Geschichte, mit ihrer Handlungsweise gegenüber Marx Hirsch!

Nun ist er an seinen Ort gegangen, einer der letzten aus der Gründungszeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung. An den Saug darf auch der Vertreter einer anderen Weltanschauung, einer anderen Gewerkschaftsrichtung einen Kranz dankbaren Gedankens legen.

Wohl dem Manne, dessen Lebenswerk eine derartige Würdigung auch seitens seiner Gegner zu Theil wird! Solchem Lobe gegenüber müssen die von niedrigster Gesinnung zeugenden Geistesprodukte der sozialdemokratischen Presse verstummen, deren Schmähsucht und Unwahrhaftigkeit nicht einmal vor dem Grabe Halt machten. Es ist th a t s ä c h l i c h kaum zu verstehen, wie anständige Menschen sich derartige Lattlosigkeiten bieten lassen können. In den Kreisen unserer Mitglieder haben sie jedenfalls das Gefühl tiefster Empörung wahrgenommen, ohne daß sie jedoch die große Verehrung zu dem Tode, dessen Andenken in jedem einzelnen Vereine noch in liebevollster Weise geehrt wird, auch nur im Geringsten beeinträchtigen können.

Die Löhne im Bergbau.

Der Reichsanzeiger enthält eine Zusammenstellung über die im 1. Quartal 1905 in den Hauptbergbaubezirken Preußens verdienten Bergarbeiterlöhne, die besonders beachtenswerth ist, weil sie zeigt, daß der Lohnausfall, der gegenüber dem 4. Quartal 1904 durch den Ausfall im Ruhrgebiet verursacht worden ist, mehr als 20 Millionen Mark beträgt.

Beim Steinkohlenbergbau betrug die Gesamtbelegschaft 428 456 Köpfe gegen 436 487 im 4. Quartal 1904, 431 591 im 1. Quartal 1904, 409 150 im 1. Quartal 1903, 398 812 im 1. Quartal 1902 und 388 865 im 2. Quartal 1901. Gegenüber dem vorausgegangenen Quartal hat also eine Abnahme um 8000, gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahres eine solche um 3000 Mann stattgefunden. Diese Abnahme entfällt hauptsächlich auf den Oberbergamtsbezirk Dortmund, wo im Vergleich zum 1. Quartal 1904 die Zahl der Bergarbeiter von 261 718 auf 256 214, also um 5500 zurückgegangen ist, während eine Zunahme stattgefunden hat im Aachener Revier um 1500, im ober-schlesischen um 900 und im Saarbrückener um 600 Mann. Das niederschlesische Revier zeigt eine Abnahme um 600 Mann. Die Zahl der auf den Arbeiter durchschnittlich entfallenden Arbeitslöhne ist gegenüber dem 1. Quartal 1904 im Dortmunder Revier von 77 auf 60, im Saarbrückener von 74 auf 73, im Aachener von 76 auf 74 zurückgegangen, wogegen sie sich in Schlessien nicht verändert hat. Der durchschnittliche Schichtlohn war, wenn man alle Arbeitslöhne sowie die Knappschafts- und Invaliditätsversicherungsbeiträge abzieht, am größten im Aachener Revier mit 4,2 (im 1. Quartal 1904 3,83) M.; dann folgen das Dortmund mit 3,94 (3,96), das Saarbrückener mit 3,80 (3,66), das ober-schlesische mit 3,05 (2,97) und das niederschlesische mit 2,92 (2,77) M. Es hat also eine Zunahme des Schichtlohnes stattgefunden im Aachener Revier um 19 Pfg., im niederschlesischen um 15 Pfg., im Saarbrückener um 14 Pfg. und im ober-schlesischen um 8 Pfg., wogegen im Bezirk Dortmund ein Rückgang um 2 Pfg. zu verzeichnen war, so daß dieser Bezirk der bisher stets die besten Lohnverhältnisse gehabt hatte, die erste Stelle an Aachen abgegeben hat. Der gesammte reine Lohn betrug im Steinkohlenbergbau im 1. Quartal d. J. 101,8 Mill. Mark gegen 121,6 Millionen Mark im 4. Quartal 1904, 118,6 Millionen Mark im 1. Quartal 1904, 107,0 Millionen Mark im 1. Quartal 1903 und 99,3 Millionen Mark im 1. Quartal 1902. Auf den Oberbergamtsbezirk Dortmund, in dem sich der Ausfall abspielte, kommt allein ein Ausfall von 20,9 Millionen Mark, indem nur 60,5 Millionen Mark verdient sind gegen 81,4 Millionen Mark im 4. Quartal 1904 und 79,3 Millionen Mark im 1. Quartal 1904. Im ober-schlesischen Revier hat sich der Lohn von 17,7 auf 18,5 Millionen Mark, in den übrigen Revieren nur um geringere Beträge erhöht. Der auf den Arbeiter entfallende reine Lohn war am höchsten im Aachener Revier mit 298 (im 1. Quartal 1904 290) Mark; demnächst folgen das Saarbrückener mit 278 (271), das Dortmunder mit 236 (303), das niederschlesische mit 220 (212) und

das ober-schlesische mit 215 (207) M. Abgesehen vom Dortmunder Revier, wo in Folge des Ausfalles der Lohn um 67 M. (gegenüber dem vorausgegangenen Quartal sogar um 89 M.) zurückgegangen ist, hat sich also der Lohn überall wesentlich erhöht. Im Braunkohlenbergbau, wo jetzt außer dem Oberbergamtsbezirk Halle auch das linksrheinische Revier berücksichtigt wird, ist die Belegschaft gegenüber dem vorausgegangenen Quartal um etwa 350 Köpfe zurückgegangen. Der Schichtlohn hat sich im Bezirk Halle um 5 Pfg. ermäßigt, der Gesamtlohn ist um 4 M., im linksrheinischen Bezirk um 3 M. zurückgegangen. Beim Salzbergbau hat zum ersten Male außer dem Bezirk Halle auch der Bezirk Klausthal mit 4392 Köpfen Belegschaft in der amtlichen Statistik Berücksichtigung gefunden. Vergleichszahlen für frühere Zeit liegen bei Klausthal nicht vor; im Bezirk Halle ist die Zahl der Arbeitsschichten um 1, der Schichtlohn um 8 Pfg., der reine Lohn des Arbeiters um 11 M. gestiegen. Beim Erzbergbau haben sich die Verhältnisse nur im Mansfelder Revier wesentlich gebessert. Der Schichtlohn ist hier gegenüber dem Vorjahr um 22 Pfg., der durchschnittliche Lohn um 17 M. erhöht. In den anderen Revieren hat bei einer meist etwas verminderten Arbeiterzahl und einem Rückgang der Schichtzahl um 1 der Schichtlohn sich um 2-7 Pfg. erhöht und der Durchschnittslohn um 1-3 M. erhöht oder ermäßigt.

Eingefandt.

Unterzeichneter Ortsverein kommt nochmals auf die schon so oft behandelte Zeitungsfrage zurück. Während auf gegnerischer Seite immer mehr am Ausbau der Presse gearbeitet wird, wie auch der fünfte Gewerkschaftskongreß in Köln gezeigt hat, um die Gegenparteien niederzudrücken, ist es bei der Gewerkschaftsorganisation von nahezu 120 000 Mitgliedern nicht möglich, ein einheitliches Blatt zu schaffen. Man setzt das große Ganze hinter die Sonderinteressen der einzelnen Berufe zurück, obgleich nichts schädlicher ist als dieses. Man beachte nur einmal die jetzige Periode der immerwährenden Streiks und die dabei seitens unserer Gegner angewandte Methode bei Fehlschlägen oder Gewinnen derselben. Unsere Organisation wird entweder als Lust behandelt, oder als Sündenbock in der unverschämtesten Art in der gegnerischen Tagespresse heruntergerissen. Uns aber fehlt wochenlang die Möglichkeit einer Vertheidigung. Deshalb sollte man doch endlich an die Frage der täglichen Zeitung mit aller Entschiedenheit herangehen und dieselbe, wenn nicht anders möglich, obligatorisch einführen.

Unsere Meinung ist: Vor Allem eine tägliche, alles umfassende Zeitung, die jeder Gewerkschafter zu lesen verpflichtet ist, und darum Abschaffung der bisherigen einzelnen, in langen Zwischenräumen erscheinenden Fachblätter der verschiedenen Berufe. Dieses allgemeine Organ, welches die Gesamtinteressen der ganzen Organisation, sowie der einzelnen Ortsvereine vertritt und die Vorgänge in denselben bringt, soll auch durch Parlaments-Berichte und Erörterung wirtschaftlicher Fragen u. s. w. dem übrigen Publikum lesenswerth erscheinen. Unsere heutigen, einzeln erscheinenden Blätter besitzen nicht die Eigenschaft, ein starkes Bindemittel zu sein, viel weniger sind sie geeignet, einen schnellen gegenseitigen Meinungsaustausch der Gewerkschafter unter einander zu vermitteln, weil sie in ihrer jetzigen Beschaffenheit meistens nur die Sonderinteressen der einzelnen Berufe behandeln, in Folge dessen einseitig sind. Auch sind dieselben in keiner Weise zur Abwehr gegen gegnerische Angriffe geeignet, was die Hauptfrage unter unseren jetzigen Verhältnissen sein dürfte; ebensowenig erscheinen dieselben dem übrigen Publikum interessant. Diese Mängel finden ihre volle Begründung darin, daß für wenig Aufwendung auch immer nur eine geringe Gegenleistung zu erwarten ist. Nimmt man z. B. die Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben pro 1903 als Unterlage, so ergibt sich die wenig erfreuliche Thatsache, daß für rund 110 000 Mitglieder aller Deutschen Gewerkschafter zu Bildungszwecken und für die Organe im Ganzen 163 833 M. verwendet wurden, also im ganzen Jahr pro Mitglied 1,49 M. In richtiger Erkenntnis der Unzulänglichkeit unserer heutigen Organe ist schon verschiedentlich der Versuch gemacht worden, eine größere Zeitung ins Leben zu rufen. Der Einsender ist sich wohl bewußt, daß zu einem derartig großen Unternehmen, wie die Schaffung einer täglichen Zeitungs-Ausgabe von circa 110 000 Exemplaren auch ein großes Kapital für Maschinen u. s. w. gehört. Aber dieses würde sich dadurch verkleinern lassen, wenn man mit einem oder zwei großen Geschäften, welche über derartige Betriebs-einrichtungen verfügen, einen Vertrag abschloße. Provinzialstädte wären wegen billigerer Bedingungen den Großstädten vorzuziehen. Wenn dabei das Format dem des betreffenden Betriebes angepaßt würde, so dürfte die Einführung einer großen, einheitlichen, alle Deutschen Gewerkschafter umfassenden Zeitung durchaus nicht so schwer sein. Denn wenn dann außer der bisherigen Aufwendung von 163 833 M. laut 1903 noch pro Mitglied monatlich 0,20 M. gezahlt würden, so kämen im Ganzen bei 110 000 Mitgliedern die Summe von circa 428 349 M. zusammen, womit sich nach und nach wohl auch eine Selbstübernahme ermöglichen ließe, ganz abgesehen davon, welche Zuschüsse durch Abonnement und eventuelle Insertion Außenstehender erreicht würden. Dies ist die Ansicht des Einsenders, welcher sich von einer großen, sämtliche Deutschen Gewerkschafter umfassenden Zeitung ein schnelles Vorwärtskommen derselben und ihrer Ideen vertritt. Ortsverein der Klempner und Metallarbeiter Erfurt.

wird. Wegen seiner Anhängerschaft in den Kreisen der katholischen Arbeiter kann es auch nicht anders.

Eine etwas eigenartige Folge hat übrigens die Annahme des Berggesetzes bereits gehabt. Der konservativ-agrarische Heißsporn, Graf Limburg-Stürum, der schon im Abgeordnetenhaus der Regierung den heftigsten Widerstand bei der Beratung der Berggesetznovelle entgegengesetzt hatte, hat sein Mandat niedergelegt. Der Mann scheint es demnach nicht für „standesgemäß“ zu halten, einer Fraktion anzugehören, die den Arbeitern auch nur die allerwichtigsten Zugeständnisse macht. Nun, wir weinen dem Herrn keine Thräne nach.

In einer Aussperrung der Holzarbeiter ist es in Düsseldorf gekommen. Mit dem 30. Juni war der seit zwei Jahren bestehende Tarifvertrag abgelaufen, aber trotz aller Bemühungen vor dem Einigungsamte für das Holzgewerbe konnten sich die Parteien nicht über die Erneuerung des Vertrages einigen. Die Unternehmer verlangten die Annahme eines sich über drei Jahre erstreckenden, völlig einseitig von ihnen aufgestellten Tarifes, der auch nicht die geringste Lohnerhöhung enthielt, die Arbeiter sogar noch schlechter stellte als nach dem alten Vertrage. Damit konnten sich diese natürlich nicht einverstanden erklären, und so kam es zum Kampfe, der bei einigem guten Willen und Entgegenkommen seitens der Arbeitgeber sehr wohl hätte vermieden werden können. So aber wurden gleich am 1. Juli 600 Arbeiter wegen Nichtanerkennung des Unternehmertarifs auf die Straße geworfen, eine Maßnahme, die seitens der Arbeitnehmer mit Arbeitsniederlegungen beantwortet worden ist. Auch Nichtorganisierte haben vielfach ihre Stellen ausgegeben. Betroffen werden durch diese neueste Aussperrung im Ganzen gegen 2000 Holzarbeiter, welche sich auf unseren Gewerkeverein der Tischler, sowie auf den deutschen und christlichen Holzarbeiterverband verteilen.

Ein Arbeiterinnen-Sekretariat wird der Gewerkeverein der Deutschen Frauen und Mädchen am 1. Oktober d. J. in Berlin eröffnen. Man hegt im Hauptvorstand des Gewerkevereins die Erwartung, daß mit der zunehmenden Selbstständigkeit, durch die Selbstbeteiligung auf allen Gebieten der sozialen Gesetzgebung, zu welcher die Arbeiterinnen durch die in der Nur-Frauen-Organisation von ihnen zu leistende Kleinarbeit angehalten werden, bald weitere derartige, für die Arbeiterinnen so äußerst wichtige Rath- und Auskunftsstellen in den größeren Industrie-Centren in absehbarer Zeit folgen werden. Augenblicklich schweben noch Unterhandlungen mit einem weiblichen Arzt, welcher in Unfallsachen erforderlichen Falles ein Gutachten gegen das von dem Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft ausgestellte Gutachten, auf Grund dessen die Rente der Unfallsverletzten fest resp. herabgesetzt wird, giebt, und ferner mit einem weiblichen Rechtsanwält, welcher seinen Rath in den manchmal recht delikaten und sehr verwickelten Alimentationsklagen geben soll. Durch die Mitarbeit des weiblichen Arztes hofft man den Arbeiterinnen die Beschaffung eines ärztlichen Gutachtens, das speziell die Eigenheiten des weiblichen Organismus berücksichtigt, so leicht wie nur irgend möglich zu machen. Der weibliche Jurist soll durch seinen Rath den Arbeiterinnen manchen peinigenden und entmuthigenden Mißerfolg in Wahrnehmung der Mutterrechte ersparen.

Schutzregeln für Metallarbeiter werden nach einer durch die Presse gehenden Notiz geplant. Die Metallschleifer werden bei ihrem Gewerbe in Folge Einathmung von Staub, insbesondere von Metallstaub, gesundheitlich schwer geschädigt. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Erkrankungen der Lungen, insbesondere Schleimhaut- und Lungentuberkulose. In einzelnen Landesheilen, z. B. in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Arnberg, sind bereits Vorschriften zur Bekämpfung dieser Gesundheitsgefahr erlassen worden. Zur Prüfung der Frage, ob der Erlass solcher Vorschriften für das ganze Reichsgebiet auf Grund des § 120 a Absatz 1 der Gewerbeordnung geboten ist, hat der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowski, die Bundesregierungen um Erhebungen über die Zahl der Trocken- und Naßschleifereien, über die Zahl der in ihnen beschäftigten männlichen, weiblichen und jugendlichen Schleifer und auch um Angaben über die Zahl der an Lungenleiden erkrankten Schleifer ersucht, soweit sich darüber aus der Statistik der Krankenkassen Auskunft geben läßt. Gleichzeitig sind den Bundesregierungen Grundzüge derartiger Vorschriften zugegangen. — Zur Bekämpfung der aus der Verwendung von Blei drohenden Gesundheitsgefahren hat der Staatssekretär des Innern die Bundesregierungen ersucht, durch die Gewerbeaufsichtsbeamten feststellen zu lassen, wieviel Bleierkrankungen der Arbeiter in Feilenhauerereien in Folge der Benutzung von Unterlagen aus Blei und Bleilegirungen beim Hauen der Feilen sowie in Folge Anlössens und Härtens der letzteren in Weibädern beobachtet worden sind. Gleichzeitig ist eine Neuverurteilung darüber erbeten worden, ob die Verwendung des Bleies und seiner Legirungen zu Unterlagen ganz oder theilweise verboten werden kann.

Eine Uebersicht über die Thätigkeit des Beiraths für Arbeiterstatistik während des letzten Halbjahres bringt die „Soziale Praxis“. Danach ist im Fleischergewerbe, nachdem im Juni v. J. die mündliche Vernehmung der vorgeschlagenen Auskunftspersonen erfolgt war, die Befragung der Organisationen beschlossen und der Frage-

bogen hierfür fertiggestellt worden. Für das Handlungsgewerbe brachte der Jahresluß die Fertigstellung der Darstellung über die Arbeitszeit der Gehilfen und Lehrlinge in den nicht mit offenen Verkaufsstellen verbundenen Comptoirn, auf Grund der Mittheilungen der Handelskammern und der kaufmännischen Verbände, sowie im April d. J. bereits die mündliche Vernehmung der von den beteiligten Organisationen vorgeschlagenen Auskunftspersonen. Im Fuhrwerksgewerbe erfolgte gleichfalls die Vernehmung dieser Personen. In der Fischindustrie wird seit Langem von den Arbeitgebern eine Milderung der Bestimmungen der Gewerbeordnung hinsichtlich der Beschränkung der täglichen Arbeitszeit angestrebt, weil die gegenwärtigen Vorschriften mit der geschäftlichen Praxis schwer vereinbar seien. Durch den Staatssekretär des Innern ist der Beirath mit der Feststellung beauftragt worden, wie weit die vorgebrachten Klagen zutreffend seien. In Folge dessen hat auch die Vernehmung von 60 Auskunftspersonen aus den Kreisen der Arbeitgeber und der Arbeiter stattgefunden. Gleichzeitig eine neue Erhebung betrifft der Erlass des Staatssekretärs über die Arbeitszeit in Blättanstellen. Es wurde hier der Fragebogen festgestellt, der durch die Vermittelung der Ortsbehörden für die eine Hälfte der Betriebe ausschließlich an die Arbeitgeber, für die andere ausschließlich an gewerbliche Hilfspersonen vertheilt werden soll. Endlich befaßte sich der Beirath, einem Erlass des Reichsanwalters entsprechend, mit der Frage, wie weit die gegen die Lohnbücher in der Kleider- und Wäschekonfektion aus den beteiligten Kreisen erhobenen Beschwerden zutreffend sind. Es wurde eine Reihe von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die von den Bundesregierungen in Vorschlag gebracht worden waren, mündlich vernommen.

Diese energische Thätigkeit des Beirathes für Arbeiterstatistik wird hoffentlich auf den Gang unserer sozialpolitischen Gesetzgebung nicht ohne Einfluß bleiben. Die „Soziale Praxis“ hat Recht, wenn sie meint, es wäre tief zu bedauern, wenn so viel Mühe und so viel Zeit nur dazu gebietet hätten, Material zusammenzutragen, das nachher vom Gesetzgeber nicht zweckentsprechend verwendet wird.

Ein Oberbürgermeister als Vorsitzender des Tarifvertrages. Zu einem recht eigenartigen Konflikt ist es in Essen zwischen dem Oberbürgermeister Zweigert und dem Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe gekommen. Dieser Arbeitgebervereinigung hatte beschlossen, auf Grund von Zwistigkeiten, die in Dortmund ausgebrochen sind, die gesammte Arbeiterschaft ihres Bezirkes auszusperrn, und zwar auch an denjenigen Orten, in denen Tarifverträge bestehen. Für Essen sind diese Verträge, die vorläufig noch bis zum 31. Juli 1906 gültig sind, unter eifriger Mitwirkung des Oberbürgermeisters zu Stande gekommen, der damit endlich den fortwährenden Arbeitskämpfen im Baugewerbe ein Ende bereiten zu können hoffte. Daraus läßt sich erklären, daß Herr Zweigert sich durch den Beschluß des Arbeitgeberbundes persönlich schwer getroffen fühlt und einem Vertreter der „Essener Volkszeitung“ bedeutete, daß, wenn dieser Beschluß durchgeführt würde, er sämtliche städtischen Arbeiten in städtischer Regie auf Kosten der Unternehmer fertigstellen lassen und die Mehrkosten einklagen werde. Er werde ferner beim Stadtverordnetenkollegium die Bewilligung von 20 000 Mk. zur Unterstützung der im Kampfe gegen die kontraktbrüchigen Arbeitgeber brodelnden Arbeiter beantragen. Der Antrag wird schon die nächste Stadtverordnetenversammlung beschäftigen, und man darf gespannt sein auf den Ausgang dieses interessanten Konfliktes.

Auslose Hände haben in einer Berliner Groß-Brauerei ein häßliches Handwerk getrieben. An der Einigungsfeierlichkeit des feierlichen Baars hatte sich auch der Verein Berliner Brauereien beteiligt. Die Flaschenkellerarbeiter der betreffenden Brauerei hatten Nachsicht und begaben sich daher mit ihren guten Kleibern sofort zur Brauerei, um sich erst dort umzukleiden, weil die Zeit nicht mehr ausreichte, erst nach Hause zu gehen. Wie nun die Bundes-Zeitung mittheilt, fanden die Kellereiarbeiter am nächsten Morgen ihre guten Sachen vollständig zerschnitten vor. Die Brauerei hat eine Belohnung von 30 Mk. auf die Ermittlung der Thäter ausgesetzt.

Gewerkevereins=Zheil.

§ Berlin. Am Sonnabend, den 1. Juli, fand eine Mitgliederversammlung des hiesigen Ortsvereins der Baugewerker statt, welche leider trotz schriftlicher Einladung nicht gut besucht war. Wir hätten die Ehre, unseren Generalsekretär Schröder in unserer Mitte zu sehen, der bei dem Punkte der Tagesordnung betr. die stufenweise Enttheilung der Beiträge eine längere Ansprache hielt und darin hervorhob, daß, da manche Ortsvereine viele ältere Mitglieder haben, die von den Extravergünstigungen doch keine Vortheile hätten, die Stala i mit 15 Pf. bestehen müsse, da dieselben meist auch schlechtem Verdienst hätten. Sonst aber könne mit den jetzigen Beiträgen der Gewerkeverein nicht bestehen, was auch von der Versammlung allgemein anerkannt wurde. Deshalb sprachen sich auch sämtliche Mitglieder für die Einführung der stufenweisen Beiträge aus und stimmten auch dafür.

§ Cottbus. Die Arbeiter von Cottbus sollen ansehender garnicht mehr zur Ruhe kommen. Vor einigen Wochen wurde auf Protest mehrerer Mitglieder die Wahl zur Vereinigten Ortskrankenkasse von Seiten der Behörde

für ungültig erklärt, sobald eine Nachwahl stattfinden mußte. Darüber war ein heftiger Zeitungsstreit zwischen der Wirtschaftlichen Vereinigung und dem Gewerkschaftskartell entbrannt. Letzteres wollte sich nicht gern verdrängen lassen, da die Genossen es so schön unter sich fanden und man als früherer Tuchmacher ein Jahresgehalt von 2400 Mk. hatte. Am 6. Juni haben diese Nachwahlen stattgefunden, und während in früheren Jahren nur 50-60 Stimmen abgegeben wurden, erhielt diesmal bei der Nachwahl die Wirtschaftliche Vereinigung gegen 900 und das Gewerkschaftskartell über 1700 Stimmen. Das bedeutet auf beiden Seiten eine Zunahme von über 100 pCt. Hätten wir Verhältniswahl, so würden wir 4 Mandate, die Sozialisten 6 Mandate erhalten. Dazu kämen dann noch 6 Arbeitgebervertreter, und mit der uneinnehmbaren Ortskrankenkasse für die Sozials wäre es dann vorbei gewesen. Diese hielten, nachdem sie schon im Wahlkampf nicht gerade die besten Mittel angewandt hatten, gleich am anderen Tage eine Volksversammlung ab, in welcher der Reichstagsabg. Julius Präsdorf-Dresden als Referent auftrat. Sein Vortrag bestand jedoch nur aus einem eiden Geschimpfe, sobald es sich nicht lohnt, auf diese „geistig“ durchdrachte Rede näher einzugehen. Man sollte doch aber annehmen, daß man von einem Volksvertreter mehr erwarten dürfte, als leere Phrasen und nichtsagende Straußensprüche.

In der vorigen Woche fanden nun die Nachwahlen für die Tuchmacher-Vollversammlung- und Tuchweber-Ortskrankenkasse statt. Der Vorsitzende der Exekutivkommission und Expedient Höppler hatte bereits erklärt, daß ihnen 600 Stimmen sicher seien, daß also auch die Verwaltung der Ortskrankenkasse der Tuchmacher in die Hände der Sozialdemokraten fallen werde. In dessen dieser Herr mußte sich eine arge Enttäuschung gefallen lassen, denn das Wahlergebnis war 365 neutrale und nur 355 sozialistische Stimmen. Also wegen 10 Stimmen mußten die Sozialisten auf den Sieg verzichten, und nun sind noch die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften daran schuld, die sich lebhaft an der Wahl beteiligten und einige Vorstandsmitglieder auf die Liste der Generalversammlungvertreter gesetzt hatten. Mit der Aussicht, daß die Kassen verschlungen werden könnten, ist es nun auch vorbei. Der Prophet Höppler hat überhaupt Recht, denn es ist ihm in letzter Zeit noch ein kleines Unglück zugestoßen. Seit Jahresfrist nämlich ist er Expedient der „Märkischen Volkstimme“, wofür er 25 Mk. die Woche verdient. Jetzt ist er plötzlich nach Berlin durchgebrannt, nachdem er 1000 Mk. unterschlagen hat. Manche Genossen geben die Summe noch höher an. In einer am 21. Juli abgehaltenen Parteiverammlung wurde die unterschlagene Summe sogar auf 1900 Mk. angegeben. Freilich hat Höppler dreizehn erklärt, die Summe nach und nach abzujahlen; aber vielleicht hat er ebenso guten Willen, wie sein Parteigenosse B. . . , der ebenfalls schon seit Jahren abjährt, es aber nicht erreichen kann, daß die Summe kleiner wird. Ob unter diesen Umständen die Herren immer noch behaupten werden, daß die bürgerliche Gesellschaft faul ist bis in die Knochen?

§ Döbelen. Am 25. Juni hielt der hiesige Ortsverband seine 10jährige Bannerweihe in Gestalt eines Sommerfestes, verbunden mit Kinderbelustigungen, ab. Das Fest, welches sich als ein echtes und rechtes Arbeiterfest gestaltete, wurde eingeleitet durch einen Umzug von etwa 300 Kindern, welche Nachmittags 1/3 Uhr unter den Klängen eines starken Musikkorps vom Verbandshaus „Traug. Schanz“ durch die Straßen der Stadt nach dem Festlokalogen. Dasselbst fand im Garten, von gutem Wetter begünstigt, bis Abends 7 Uhr Konzert statt, das von verschiedenen Belustigungen für die erwachsenen Teilnehmer, sowie Stern- und Vogelabschießen für die Kinder unterbrochen wurde. Abends 8 Uhr begann im reich dekorierten Saale der Festball. Verbandsvorsitzender, Kollege **Niedel**, begrüßte mit herzlichen Worten die zahlreich erschienenen Teilnehmer, insbesondere die in großer Zahl erschienenen Verbandsgenossen von Rospwein, die geladenen Gäste sowie den Kollegen **Berndt-Dresden**, welcher im Auftrag des Sächsischen Ausbreitungsverbandes die Festrede übernommen hatte. Die Tochter unseres Mitgliedes **Geißler** sprach in wohlgeklungener Weise und unter lautem Beifall den Festvortrag. Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden der „kündigen Festrede des Kollegen **Berndt-Dresden**, welcher zunächst seiner Freude über den zahlreichen Besuch und die Anwesenheit so vieler jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Ausdruck verlieh. Berner führte derselbe aus, daß nach gethaner Arbeit der Arbeiter wohl berechtigt sei, sich zu frohem Fest zusammen zu schaaren, dabei aber nicht vergessen dürfe, daß dieses nur ein Ansporn zur Werbung neuer Mitglieder, zur Kräftigung unserer Organisation sein muß, und die Zeit zu kürzen, welche uns von unserem Ziele trennt. In ausführlicher Weise führte uns Berner zu Herzen, daß wie die Großgrundbesitzer es verstehen, die Gehege zu ihrem Nutzen auszubauen, es auch Pflicht der Arbeiter ist, sich die Gehege zu Nutzen zu machen, um dadurch ihre Interessen fördern zu helfen. Mit dem Wunsche, daß dieses Fest zur Hebung und Stärkung der hiesigen Ortsvereine beitragen möge, schloß Berner mit dreifachem Hoch auf die Gewerksvereine. Allseitiger Beifall folgte der Festrede. Ortsverbandsvorsitzender, Genosse **Kaminsch-Rospwein** sprach noch einige herzliche Worte des Dankes für die Einladung und betonte, dieselbe in kurzer Zeit zu erwidern. Während der Pause fand eine Verlosung statt, deren Ueberschuß zur Hälfte für die ausgesperrten Kollegen in Bayern bestimmt war, um auch in dieser Hinsicht unsere Pflicht gethan zu haben. Kollegen **Berndt** nochmals besten Dank. **Paul Schwarzbach**, Ortsverbandschriftführer.

§ Dären (Ortsverband). In der am Sonntag, 25. 6., stattgefundenen Ortsverbandsversammlung hielt Kollege **Schiller-Strum** einen Vortrag über das Zeitungsprojekt des Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungsverbandes. In einer einstündigen Rede machte derselbe den Anwesenden den Zweck und den Nutzen einer täglich erscheinenden Gewerksvereinszeitung klar und wies u. A. darauf hin, daß die anderen Organisationen allein durch ihre Presse so gewaltige Fortschritte gemacht haben. In der nun folgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Diszussionsredner im Sinne des Referenten aus. Es wurde daher folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Ortsverbandsversammlung zu Dären, im Lokale **Klinkenberg**, erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen **Schiller** einverstanden und verspricht, nach besten Kräften die Tageszeitung, welche vom Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungsverbande ins Leben gerufen wird, zu unterstützen, da dieses Zeitungsprojekt als das Diensthafte für Rheinland-Westfalen anerkannt wird! Nachdem noch einige Angelegenheiten bezüglich des Streiks auf dem Dürener Metallwerke erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen. Kollegen **Schiller** nochmals besten Dank.

Kaspar Roll, Ortsverbands-Schriftführer.

§ Eggefin. Der Vorpommersche Ortsverband feierte am 25. Juni sein Verbandsfest in Uckermünde. Zu dem Feste waren erschienen die Ortsvereine aus Uckermünde, Eggefin und Torgelow. Die Festrede befaßte sich insbesondere mit der Aufklärung und Information der jüngeren Mitglieder und derjenigen am Feste theilnehmenden Arbeiter, die dem Gewerksverein noch nicht angehören. Zum Schluß wurde dem schwer erkrankten Verbandsanwalt, der so viel für die Interessen der Arbeiter gethan, ein hoch ausgebracht und baldige Besserung gewünscht. Das Fest nahm einen schönen Verlauf.

C. B. Maas,

Hilbert Joch, Verbandssekretär,

Vorsitzender des Ortsverein Torgelow.

Eggefin, Postwallstr. 10.

§ Fürth. Der Ortsverband der Deutschen Gewerksvereine hielt am Sonnabend Abend in seinem Lokale bei Herrn **Kalkenförder** zu Ehren des am 27. Juni cr. verstorbenen Anwaltes der Deutschen Gewerksvereine, Herrn Dr. **Max Hirsch-Berlin**, eine Trauerfeier ab. Im Hintergrunde des dicht besetzten Vereinslokales prangte die Wüste des Entschlafenen aus einem Bald von Blattpflanzen hervor. Der Herr Vorsitzende des hiesigen Ortsverbandes begrüßte die Anwesenden, betonte, die heutige Feier möge beweisen, daß die Deutschen Gewerksvereine ihren großen Führer auch im Tode zu ehren im Stande sind und ertheilte dem Verbandssekretär das Wort. Dieser führte in seiner Trauerrede aus: Die Gewerksvereine haben in Dr. Hirsch ihren großen Begründer und Förderer verloren, die Gesamtarbeiterchaft einen treuen Freund und Berater. Geboren am 30. Des. 1832 in Halberstadt, ward Dr. Hirsch schon frühzeitig mit dem Gewerkschaftsleben vertraut. Getreu dem Grundsatz: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“ widmete Dr. Hirsch seinen Lebensberuf dem Wohle der Arbeiterchaft, stets war es ihm darum zu thun, die wirtschaftlich Schwachen zu unterstützen. Mit Hilfe seines Freundes **Dunder** gründete er an vielen Orten Deutschlands Ortsgruppen, so entstanden auch im Jahre 1869 und 1870 in Fürth die verschiedenen Ortsgruppen; 1870 sprach Dr. Hirsch zum ersten Mal in Fürth und zwar im „Grünen Baum“ u. A. auch 1878 im „Weißengarten“. Von den vielen Tausenden Gewerksvereiner, die in Liebe und Achtung zu ihrem Vater und Meister Dr. Hirsch emporblühten, war es 3000 vergnügt, ihm das letzte Ehrengeleit am Grabe zu geben. Sein Tod kam viel zu früh für die große Gewerksvereinsfamilie, der er Alles war und galt. Wollen wir denn, schloß Redner, geloben, mit Schrift und Wort, durch Handlung und That die Gewerksvereinsache immer weiter ausbauen, dem großen Todten zur Ehre, der Menschheit zum Wohle. Die Versammlung erhob sich zum Zeichen ihrer unwandelbaren Treue, Dankbarkeit und steten Angehenkens gegen den edlen Entschlafenen von den Eichen.

Verbands-Zeitel.

Aufruf!

Der gewaltige Kampf in Bayern ist zwar zu Ende, noch immer aber erfordert er schwere Opfer, denn wenn auch Maßregelungen nicht stattfinden sollen, so haben doch nicht alle die auf die Straße geworfenen Arbeiter sofort wieder Beschäftigung gefunden, sondern noch eine sehr große Zahl muß weiter unterstützt werden, darunter Viele, die noch nicht bezugsberechtigt waren.

Unser Appell an den Opfermuth unserer Mitglieder ist nicht vergeblich gewesen; deshalb hoffen wir, daß sie denselben auch fernerhin befinden und auf den vom Centralrath zugesandten Listen weitere Beiträge zeichnen werden.

Verbandsgenossen und Genossinnen aller Gewerksvereine und Gauen Deutschlands! Es gilt, die Opfer eines Kampfes um das Koalitionsrecht weiter zu unterstützen. Darum helf weiter, helf schnell!

Das Bureau des Centralrats.

Gustav Hartmann, Vorsitzender.

4. Sammelliste*)

für die ausgesperrten Gewerksvereinskollegen in Bayern.
 Bauhandwerker: Charlottenburg 6,50, Bildhauer: Sorau 5, Klempner 5, Fabrik- und Handarbeiter: Baynau 6,20, Hiesigen 4,20, Berlin IV 4,35, Jegnitz 4,20, Ehrenfeld 5, Langendorf 5, E. Lindenau 18,45, Stettin (Schmidt) 3,15, Grapsh. Berufe: Düren 3, Berlin I 6,50, Kaufleute: Berlin III 2,30, Pantow 1,50, Klempner u. Metallarbeiter: Unna 2,36, Berlin I 10,80, Frankfurt a. D. 3, Rosen 3,45, Maschinenbau- u. Metallarbeiter: Berlin VIII 16,30, Stettin, Dampferfahrt Stegenort 5,60, Berlin II 23, Altwasser 10, Barmen 20, Berlin VII 12, Chemnitz 9,45, Gotta 10, Dtsch.-Krone 3,75, Wassen 3, Oera 8,55, Greifswald 13,40, Köpenick 11, Radenburg 5, Landsberg a. M. 7,50, Lauter 4,55, Leipzig V 20, Hiesig 13,15, Mügeln 10, Peine 10,45, Oldenburg 5,60, Radeberg 10, Ritzdorf 20, Sudenburg 12,20, Torgelow 25, Weißwasser 5, Schenick 5, Zerbst 18, Zweibrücken 5, Dresden (Vereinsliste) 30, Differdingen 24,70, Neusalz 27,70, Stolberg 10, Dingitz 5, Bunzlau 5, Ethenach 10, Laurabütte 7,20, Frauendorf 6,60, Erfurt 12, Randau 14,50, Katingen 5, Torgelow 20, Zülchow 6,65, Bayenthal 7,25, Eichrodt-Butha 2, Leipzig VII 8,40, Malstatt-Burbach 19, Ribbingen 7,30, Dtrand 6, Stettin 16,80, Zeulenroda 2,75, Jän 1,95, Schuhmacher und Lederarbeiter: Baynau 10, Rosen II 1,80, Schneiber: Berlin II 2, Rottbus 5, Eisler: Ebbau 5, Magdeburg 4, Braunsberg 3,80, Charlottenburg 10, Ansbach 5,85, Ertzebau 4,5, E. Wohls 3,05, Ortsverbände: Großenhain 10,50, Döberitz 4,25, Summa 725,21 Mk., bereits quittirt 1828,49 Mk. Insgesamt 2553,70 Mark.

Berlin, den 10. Juli 1905.
 Berichtigung: In Sammelliste 2 soll es heißen statt Bergarbeiter Waldburg - Dittersbach 3,90 Mk.

R. Klein, Verbandskassier.

*) Gelieferten an den Verbandskassier **Rudolf Klein**, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

